

Arbeitsheft 4

3. Tagung des 3. Landesparteitages
19. Oktober 2013 in Eberswalde

Inhaltsverzeichnis

ÄA1.2 Änderungsantrag zum Leitbild	3
ÄA1.3 Änderungsantrag zum Leitbild	4
ÄA1.4 Änderungsanträge zum Leitbild.....	5
ÄA1.5 Änderungsanträge zum Leitbild.....	9
ÄA1.6 Änderungsanträge zum Leitbild.....	10
ÄA1.7 Änderungsanträge zum Leitbild.....	11
ÄA1.8 Änderungsanträge zum Leitbild.....	11
ÄA2.1 Änderungsanträge zum Antrag A.2 „Kriterien für Kandidaturen und Umgang mit Personal“	12
Kandidaturen zum Bundesausschuss	17-21
Kandidaturen zum Ersatzmitglied im Bundesausschuss.....	22-25

1 **ÄA1.2 Änderungsanträge zum Leitbild**

2
3 **Einreicher: Jörg Schönberg**

4
5
6 **ÄA 1.2a Änderungsantrag zum Leitbild**

7
8 Der Parteitag möge beschließen:

9
10 Die Formulierung ...Daher ist der Polizeidienst auch künftig angemessen mit den nötigen fi-
11 nanziellen Mitteln auszustatten.....ist mit folgenden Wortlaut zu ändern:

12
13Daher ist der Polizeidienst künftig mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustat-
14 ten....

15
16 Begründung:

17 Die jetzige Formulierung erweckt den Eindruck das "ein weiter so" in Ordnung ist. Die zurzeit
18 bereitgestellten, finanziellen Mittel reichen nicht aus, die tagtäglichen Aufgaben zu erfüllen.

19
20
21 **ÄA 1.2b Änderungsantrag zum Leitbild**

22
23 Der Parteitag möge beschließen:

24
25Die Formulierung ...Besondere Bedeutung messen wir der Einstellung von Lehrerinnen
26 und Lehrern sowie von Erzieherinnen und Erziehern im Kita Bereich bei.....ist mit folgenden
27 Wortlaut zu ändern bzw. hinzuzufügen:

28
29Besondere Bedeutung messen wir der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, von Erzie-
30 herinnen und Erziehern im Kita Bereich sowie von Polizistinnen und Polizisten bei.

31
32 Begründung:

33 Der Altersdurchschnitt der Polizistinnen und Polizisten im Land Brandenburg ist gravierend.
34 Er beträgt 45,23 Jahre, wobei 69 Prozent der Vollzugsbediensteten älter als 40 Jahre sind, vor
35 allem: Mit 37,5 Prozent ist bei den Polizistinnen und Polizisten - die Verwaltung ausge-
36 nommen - die Altersgruppe der 50- bis 60-jährigen am größten. Dabei sind die gestellten An-
37 forderungen altersunabhängig gleich.

40 **ÄA1.3 Änderungsantrag zum Leitbild**

41

42 **EinreicherInnen:** Harald Petzold, Viola Weinert, Katrin Dannenberg

43

44 Es wird ein neues Kapitel 4.6. eingefügt:

45 Willkommen in Brandenburg – Für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlin-
46 gen

47

48 DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flücht-
49 lingen ein. Sie wird Initiativen ergreifen und Bestrebungen unterstützen, die bundesdeutsche
50 und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zu verändern und zu verbessern, um einer Kultur
51 des Willkommens für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen im Land zum Durchbruch zu verhel-
52 fen. Dafür wird sie in den Kommunalvertretungen, im Landtag, im Bundestag und im europäi-
53 schen Parlament weiterhin aktiv streiten. Schwerpunkte bilden dabei in Umsetzung der Be-
54 schlüsse des Landesvorstands vom Mai und August 2013 die Unterbringungssituation von
55 Flüchtlingen, die vorrangige Unterbringung in Wohnungen, die Abschaffung des Gutscheinsys-
56 tems, eine bessere Betreuung der Flüchtlinge sowie die Vermeidung und Abschaffung der
57 Abschiebungshaft.

58 **ÄA1.4 Änderungsanträge zum Leitbild**

59 **Einreicher: LAG Umwelt**

60

61 **ÄA1.4a Änderungsantrag zum Leitbild**

62 1. Änderungsantrag, Zeile 555 ff.

63 Ersetzen des Satzes ~~„An einem weiteren Netzausbau kommen wir also nicht vorbei“~~ durch
64 den Satz **„Wie viel Netzausbau wirklich gebraucht wird, müssen wir kritisch prüfen.“**

65 Begründung: 50% des Brandenburger Stroms wird nur dafür produziert, um ihn exportieren zu
66 können (vgl. Vereinbarung zw. Landesregierung und Vattenfall vom 24.9.2013, Seite 5). Wenn
67 Brandenburg weiterhin ein Stromexportland bleiben soll und dies erklärtes Ziel der LINKEN
68 ist, dann kommen wir wirklich nicht „an einem weiteren Netzausbau ... vorbei“. Dann müssen
69 wir auch die damit verbundenen Konflikte aushalten (Landschaftszerstörung, Bürgerproteste,
70 etc.). Bisher ist es jedoch keine Position der Brandenburger LINKEN, dass Stromexport persé
71 ein Ziel unserer Energiepolitik sein soll. Einen entsprechenden Beschluss gibt es nicht. Dies
72 muss viel mehr weiter diskutiert und darf nicht vorweggenommen werden.

73

74 **ÄA1.4b Änderungsantrag zum Leitbild**

75 2. Änderungsantrag, Zeile 591 ff.

76 Streichen des Wortes „einheimische“ im Satz „Unser Ziel ist, dass spätestens ab 2040 keine
77 **einheimische** Braunkohle mehr verstromt wird.“

78 Begründung: DIE LINKE hat auf dem Landesparteitag im Juli 2009 in Potsdam beschlossen,
79 dass unser Ziel der Braunkohleausstieg bis 2040 ist. Eine Reduzierung auf „einheimische
80 Braunkohle“ war damit nicht verbunden und käme einer Verwässerung des damaligen Be-
81 schlusses gleich (bspw. Kohleimport aus Polen). Zitat aus dem Landtagswahlprogramm: *„Aus
82 all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohlever-
83 stromung bis spätestens 2040 ein. Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue.“*

84

85 **ÄA1.4c Änderungsantrag zum Leitbild**

86

87 3. Änderungsantrag, Zeile 592

88 Einfügen nach „Unser Ziel ist, dass spätestens ab 2040 keine einheimische Braunkohle mehr
89 verstromt wird.“ **„Gerade auch im Hinblick auf die Folgeschäden durch Bergbau – ein
90 drastisches Beispiel ist die Verockerung der Spree – sind keine neuen Tagebaue auf-
91 zuschließen.“**

92 Begründung: Damit wir unser 2040er-Ziel erreichen können, dürfen keine neuen Braun-
93 kohletagebaue aufgeschlossen werden. Diese Forderung aus dem Volksbegehren „Keine neu-

94 en Tagebaue“ sollte DIE LINKE nicht aufgeben. Im Bundestagswahlprogramm (Seite 65) for-
95 derten wir ein Kohleausstiegsgesetz, welches „ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwer-
96 ken und für den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen vorsieht“.
97 Ist Welzow-Süd, Teilfeld II ein neuer Tagebau? Ein bestehender Tagebau ist planerisch festge-
98 setzt und bergrechtlich genehmigt. Ein neuer Tagebau ist eben das nicht. Wer Welzow-Süd II
99 unbedingt als „Weiterführung“ bezeichnen will, kann damit nichts daran ändern, dass diese
100 „Weiterführung“ ein neuer, weil nicht festgesetzter und nicht genehmigter Tagebau ist. Den
101 Menschen geht es nicht um Spitzfindigkeiten, sondern um die Frage, ob die Politik über die-
102 sen Tagebau noch entscheiden muss und ihn noch abwenden kann. Das ist bei Welzow-Süd II
103 der Fall, sonst hätte dazu kein Planverfahren begonnen. Der Begriff „neuer Tagebau“ steht
104 weder im Berggesetz noch im Braunkohlenplanungsgesetz. Definiert hat ihn dagegen - unter
105 Beteiligung der LINKEN - die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige
106 Energiepolitik.“ In deren 2007 verfassten Gesetzentwurf ist eindeutig nachzulesen, welche
107 Vorhaben er abwenden will. Und eindeutig gehört dazu das Teilfeld II des Tagebaues Welzow-
108 Süd.

109
110

111 **ÄA1.4d Änderungsantrag zum Leitbild**

112

113 4. Änderungsantrag, Zeile 594

114 Einfügen nach „...sozial gerecht verteilt werden.“: **„Den Bau neuer Kohlekraftwerke lehnen**
115 **wir ab.“**

116 Begründung: Um das 2040er-Ausstiegsziel erreichen zu können, muss neben der Ablehnung
117 neuer Tagebaue auch der Neubau von Kohlekraftwerken abgelehnt werden. Im Bundestags-
118 wahlprogramm (Seite 65) forderten wir ein Kohleausstiegsgesetz, welches „ein Verbot für den
119 Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen vor-
120 sieht“.

121

122 **ÄA1.4e Änderungsantrag zum Leitbild**

123 5. Änderungsantrag, Zeile 594

124 Im Anschluss an Änderungsantrag Nr. 4 bzw. bei Ablehnung von Nr. 4 im Anschluss an
125 „...sozial gerecht verteilt werden.“ einfügen: **„Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl die**
126 **unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) als auch die Erdgasförderung mittels Ver-**
127 **pressung giftiger Chemikalien in den Untergrund (Fracking) verboten wird.“**

128 Begründung: Dieser Satz stammt 1:1 aus dem Bundestagswahlprogramm (Seite 66) und un-
129 terstreicht auch in Brandenburg unsere ablehnende CCS-Position. In der Vereinbarung zwi-
130 schen der Landesregierung und Vattenfall vom 24.9.2013 wird hingegen betont, dass „*die*
131 *schrittweise Anwendung von ... CCS ... notwendig*“ sei (Seite 6). CCS ist jedoch nicht notwen-
132 dig, sondern gehört wegen der vielfältigen Risiken verboten. Dies trifft ebenfalls auf die von
133 der Landesregierung favorisierten CO₂-Pipelines und Offshore-Verpressung von CO₂ zu.

134

135 **ÄA1.4f Änderungsantrag zum Leitbild**

136 6. Änderungsantrag, Zeile 637

137 Einfügen nach „besser unterstützt werden.“ den Satz: **„Der Ökolandbau ist durch die**
138 **Umstellungs- und Beibehaltungsprämie zu fördern.“**

139 Begründung: Die Prämienzahlungen an die Ökolandwirt_innen sind sehr wichtig, gerade in der
140 Umstellungsphase. Die rot-rote Landesregierung stellt im Koalitionsvertrag fest, dass der
141 Ökolandbau gestärkt werden soll. Anstatt dies zu tun, strich sie die Umstellungsprämie für
142 Bäuer_innen, die von konventioneller Landwirtschaft auf „Bio“ umstellen wollten. Das ist der
143 falsche Weg und wurde mittlerweile auch rückgängig gemacht. DIE LINKE sollte sich klar zur
144 Bio-Prämie bekennen. Der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Dr. Michael
145 Luthardt, sagte am 25.09.2013 im Landtag: *„DIE LINKE setzt sich für eine Stabilisierung und*
146 *Ausbau der Ökolandbaufläche in Brandenburg ein. Wichtig ist dabei die Fortsetzung der Zahlung*
147 *der sogenannten Umstellungsprämie in der neuen Förderperiode.“*
148

149 **ÄA1.4g Änderungsantrag zum Leitbild**

150

151 7. Änderungsantrag, Zeile 640

152 Satz wie folgt ergänzen/ändern: „DIE LINKE lehnt Gentechnik in der Landwirtschaft grund-
153 sätzlich ab **und spricht sich gegen Biopatente aus.** Gentechnik in der landwirtschaftlichen
154 Produktion widerspricht....“

155 Begründung: Die Ablehnung der Agro-Gentechnik sollte eng verbunden werden mit der Ab-
156 lehnung der Bio-Patentierung. Im Bundestagswahlprogramm 2013 steht dazu auf Seite 70:
157 *„Agro-Gentechnik, Biopatente und Biopiraterie wollen wir verbieten.“*

158

159 **ÄA1.4h Änderungsantrag zum Leitbild**

160 8. Sozialökologischer Umbau: Zeile 1389

161 *Hinter dem Satz „Konzept und Handel der LINKEN werden von der Überzeugung bestimmt, dass*
162 *ein ökologischer Umbau nur dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gerät, wenn er solidarisch*
163 *und sozial gerecht erfolgt.“ wird folgender Satz eingefügt:*

164 *„Gleichermaßen ist jedoch klar, dass keine Politik sozial sein kann, die nicht nach ökologischen*
165 *Gesichtspunkten handelt.“*

166 Begründung: *Der sozialökologische Umgang funktioniert nur im Gleichklang der sozialen und der*
167 *ökologischen Belange. Das wird durch die Ergänzung verdeutlicht. Ohne sie liest sich die Formu-*
168 *lierung wie eine einseitige Einschränkung ökologischer Belange durch soziale Kriterien.*

169

170

171 **ÄA1.4i Änderungsantrag zum Leitbild**

172 9. Biologische Vielfalt: Zeile 1607

173 *An den zweiten Absatz des Abschnitts 5.5 werden folgende Sätze angefügt:*

174 *„Die Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien mit der Ausgestaltung des Schutzgebietssystems*
175 *NATURA 2000 ist eine wichtige Aufgabe der Naturschutzpolitik. Für DIE LINKE sind sie keine*
176 *Belastung und auf möglichst niedrigem Niveau umzusetzen, sondern eine Chance nicht nur für*
177 *den Erhalt der biologischen Vielfalt, sondern auch für die regionale Entwicklung in Brandenburg*
178 *und die Menschen in der Region.“*

179

180 Begründung: Die EU-Naturschutzrichtlinien sind entscheidende Grundlage für die Natur-
181 schutzpolitik des Landes und sollen deshalb im Leitbild Erwähnung finden. Andere Parteien
182 empfinden sie als Hemmnis und möchten sie auf dem niedrigsten, gerade noch zulässigen
183 Niveau umsetzen. Tatsächlich bieten sie die Möglichkeit des Interessenausgleichs der ver-
184 schiedenen Belange unter Bewahrung der natürlichen Vielfalt und der vielfältigen Kulturland-
185 schaft im Interesse der Region.

186 **ÄA1.5 Änderungsanträge zum Leitbild**

187 Einreicher: Martin Günther (Barnim)

188

189 Änderungsanträge an den Antrag A.1 „Perspektiven für Brandenburg Gerech-Solidarisch-
190 Nachhaltig“

191

192 *Seitenangaben und Zeilennummern beziehen sich auf das Antragsheft 2*

193

194 a)

195 Seite 5, Zeilen 114 f. Streiche Nebensatz „ist aber zugleich“

196 Begründung: Kriterien für Förderung sind durch EU-Erweiterung strenger. Kausalität nicht
197 eindeutig.

198

199 b)

200 Seite 5, Zeile 133: Füge ein „Die Aufgabe **linker** Politik“

201 Begründung: Nachstehende Ziele sind nicht allgemeine (oder auch liberale oder konservative)
202 Ziele.

203

204 c)

205 Seite 5, Zeile 158: Streiche Nebensatz ab „wie unsere Demokratie...“

206 Begründung: Die im Absatz aufgemachte Problemstellung sind nicht nur eine Frage der De-
207 mokratie.

208

209 d)

210 Seite 6, Zeile 168: Streiche den Satz „Aus all diesen Gründen...“

211 Begründung: In der Aufzählung würde zumindest das beschlossene Parteiprogramm, die spe-
212 zifische Entwicklung der Krise fehlen. der nachfolgende Satz trifft es besser.

213

214 e)

215 Seite 7, Zeile 229: Ändere „ Die wirklichen Leistungsträger in der Mitte“ in „Die Mitte“

216 Begründung: Die Kassiererin an der Kasse bei Edeka, die Kita-Erzieherinnen sind auch wirkli-
217 che Leistungsträger der Gesellschaft. Den Diffamierenden bürgerlichen Begriff der Leistungs-
218 träger sollten wir uns nicht zu eigen machen.

219

220 f)

221 Seite 7, Zeile 233: Streiche den Satz „Der Markt...“

222

223 g)

224 Seite 7, Zeile 236f.: Streiche den Satz „Volkswirtschaft...“

225

226 h)

227 Seite 7, Zeile 237ff.: Ändere sodass es heißt: „Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, die
228 dem Gemeinwohl, der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung des Lebens dient.“

229 Begründung ÄA6-8: Der Markt ist keine neutrale Institution, er ist immer auch ein spezifischer
230 Verteilungs- und damit Ausgrenzungsmechanismus. Und zudem eine unzureichende Kategorie
231 zu Beschreibung der Vielfältigen Austauschbeziehungen der momentanen Wirtschaftsord-
232 nung. Daher sollte nicht ohne Not auf den Markt Bezug genommen werden.

233

234

235 i)
236 Seite 8, Zeile 266: Kommunale und Landesunternehmen können in wichtigen Bereichen der
237 öffentlichen Daseinsfürsorge für Sicherheit und Stabilität sorgen und darüberhinausgehende
238 Impulse setzen. Linke Politik muss hier Freiräume erhalten, ausloten und wo möglich auswei-
239 ten.
240 Begründung: Ein allgemeines Bekenntnis zu öffentlichen Unternehmen fehlt bisher im gesam-
241 ten Leitbild.

242
243 j)
244 Seite 9, Zeile 332: Ändere so dass: „Die Entwicklung von Kompetenzclustern...“
245

246 k)
247 Seite 9, Zeile 343: Ersetze „absolute Priorität“ durch „eine zentrale Rolle“
248

249 l)
250 Seite 10, Zeile 372ff.: Streiche den Satz „Internationalität ist seit Jahren...“
251

252 m)
253 Seite 9, Kasten: Streiche „Priorität für“
254 Begründung für ÄAk-m: Ein wesentliche Ursache für die gute wirtschaftliche Entwicklung
255 Brandenburgs während der letzten Krisenjahre ist nicht zuletzt auf die relative Exportschwä-
256 che der brandenburgischen Wirtschaft zurückzuführen. Kompetenzcluster haben das Potenzi-
257 al einer vertieften wirtschaftlichen Wertschöpfung mit entsprechenden Beschäftigungseffek-
258 ten. Gleichzeitig ist das Konzept der Cluster-Bildung aber mittlerweile in der Fachliteratur
259 durchaus umstritten. Die einseitig Ausrichtung auf den internationalen Markt sollen ange-
260 sichts der vergangenen wirtschaftlichen Entwicklung kritisch hinterfragt werden. Die absolute
261 Bevorzugung der Kompetenzcluster muss neu diskutiert werden und nicht bereits festge-
262 schrieben werden.

263
264
265

266 **ÄA 1.6 Änderungsanträge zum Leitbild**

267

268 Antragstellerin: Dr. Annemarie Kersten

269 Änderungsantrag zum Leitbild

270 Beim Durcharbeiten des Entwurfes ist mir ein Fehler aufgefallen, der so nicht stehenbleiben
271 darf:

272 S. 31 , Zeile 1453 heißt es „ Gesundheit ist eine unabdingbare Voraussetzung.... „Das Wort
273 unabdingbar muß gestrichen werden, denn was machen all die vielen mehr oder weniger
274 Kranken ?

275 Ich schlage folgende Formulierung vor: „Gesundheit ist eine wertvolle Voraussetzung für per-
276 sönliches Wohlbefinden und verbessert die Bedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe...“
277 Dann machen auch die vielen Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheit und zur Teil-
278 nahme am gesellschaftlichen Leben Sinn. Für viele ist eine Verbesserung der gesundheitli-
279 chen Situation erstrebenswert ohne restlos gesunden zu können.

280

281

282

283

284 **ÄA 1.7 Änderungsanträge zum Leitbild**

285 Antragsteller: Kreisvorstand PM,

286 Unterstützer_innen: LSPR der Linksjugend [solid] Brandenburg

287

288

289 Der Parteitag möge beschließen:

290 Folgender Text wird nach der Zeile 1105 eingefügt:

291

292 Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, sich entfalten zu können und ihre ei-

293 gene Kultur zu leben. Sie brauchen nicht (nur) ermäßigten Eintritt in Kulturveranstaltungen

294 Erwachsener, sondern sie müssen die Möglichkeit haben, selbst aktiv werden zu können.

295 Dafür brauchen sie Freiräume, die etwa durch die Überlassung ungenutzter Immobilien an

296 Jugendkulturprojekte sowie die Unterstützung bei der Legalisierung aller besetzten Hauspro-

297 jekte entstehen bzw. erhalten werden können. Die angemessene finanzielle Ausstattung freier

298 oder kommunaler Jugendprojekte kann auf verschiedenen Wegen realisiert werden, einer

299 davon kann und sollte die bessere Kommunikation der Fördermöglichkeit für Kommunen im

300 Bereich Jugendkultur sein.

301 Bei allen bestehenden und entstehenden Projekten, die von den Jugendlichen selbst kommen

302 muss eine pädagogische und fachliche Begleitung und Hilfe gewährleistet sein, sofern ge-

303 wünscht. Dabei müssen die Freiräume der Akteure beachtet werden und erhalten bleiben.

304

305

306

307 **ÄA 1.8 Änderungsanträge zum Leitbild**

308

309 Einreicherinnen: Anita Tack, Alrun Kaune-Nüßlein

310

311 Änderungsantrag zum Antrag A.1 Leitbild 2020 plus

312

313 Seite 32, Zeile 1499 - 1501 Neu:

314 ... Dieses Modell sollte nun in ganz Brandenburg flächendeckend zum Einsatz kommen, wofür

315 die finanziellen Voraussetzungen im Land geschaffen werden müssen.

316 **ÄA2.1 Änderungsanträge zum Antrag A.2 „Kriterien für Kandidaturen**
317 **und Umgang mit Personal“ Einreicher: Sven Kindervater**

318

319 **ÄA2.1a)**

320 Der Parteitag möge beschließen:

321 Der folgende Satz wird **ersatzlos gestrichen**:

322 „Der Landesparteitag empfiehlt den Kreisverbänden, in Vorbereitung der Kommunalwahlen
323 ähnliche Gremien zu bilden.“

324

325 Begründung:

326 Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung von qualitativ wie quantitativ guten Kommunal-
327 wahllisten sind vielfältig und dabei sind vor allem die vorhandenen Kräfte vor Ort zu berück-
328 sichtigten. Die Kreisverbände der LINKEN Brandenburg konnten bis jetzt stets im Rahmen
329 ihrer Möglichkeiten gute Wahlergebnisse sichern. Welcher Weg das garantierte, wurde vor Ort
330 festgelegt, nicht selten aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung. Von diesem Weg sollte nicht
331 abgewichen werden.

332

333

334 **ÄA2.1b)**

335 Der Parteitag möge beschließen:

336 Folgender Satz wird gestrichen:

337 „Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten auf allen Ebenen“

338 Er wird ersetzt durch:

339 **„Wir bitten unsere Mitglieder bei der Wahl unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf**
340 **folgende Eigenschaften gesondert zu achten:“**

341

342 Begründung:

343 Die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt in freien, gleichen und geheimen Wahlen.
344 Die Beweggründe eine Kandidatin oder Kandidaten zu unterstützen können dabei vielfältiger
345 Natur sein. Der Landesparteitag kann dabei durchaus die eigenen Mitglieder bitten, für ihn
346 besonders wichtige Eigenschaften zu achten. Verordnen kann ein Beschluss aber nichts.

347

348 **ÄA2.1c)**

349 Der Parteitag möge beschließen:

350 Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

351 „den Wahlkampf in enger Abstimmung mit dem Landeswahlbüro und den Wahlteams vor Ort
352 zu führen“

353

354 Begründung:

355 Wie Wahlkämpfe vor Ort gewonnen werden können, wissen unsere Mitglieder vor Ort am bes-
356 ten. Bisherige Wahlergebnisse geben keinen Grund zur Annahme, dass von diesem Weg ab-
357 gewichen werden sollte. Es muss eine Stärke der LINKEN sein, dass sich unsere Mitglieder
358 auf jeder Ebene und gerade beim Kommunalwahlkampf auch an den Methoden und Materia-
359 lien beteiligen können. Die bisherige Praxis, dass die Kreisebene nur Dinge im Sinne (und
360 damit auch im Layout) der Partei finanziert, reicht als Einschränkung aus. Der Partei schaden-
361 de oder den Beschlüssen entgegenstehende Materialien sind weder bekannt, noch zu be-
362 fürchten. Den Wahlkampf nun weitestgehend zentral zu organisieren, ist unnötig.

363

364 **ÄA2.1d)**

365 Der Parteitag möge beschließen:

366 Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

367 „Solidarität und Rückhalt“

368

369 Begründung:

370 Natürlich haben alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten unsere volle Solidarität und unse-
371 ren Rückhalt. Indem man es aber extra aufschreibt, wird der Eindruck erzeugt, dass dies ge-
372 sondert betont werden muss.

373

374 **ÄA2.1e)**

375 Der Parteitag möge beschließen:

376 Folgender Satz wird gestrichen:

377 „Wir erwarten von unseren Mitgliedern in Kommunalparlamenten und Kreistagen und von
378 unseren Abgeordneten im Land- und Bundestag“

379 Er wird ersetzt durch:

380 **„Wir bitten unsere Mitglieder in den Kommunalparlamenten, den Kreistagen und die
381 Abgeordneten im Land- und Bundestag um:“**

382

383 Begründung:

384 Die Ausübung des Mandats ist frei. Dieser demokratische Grundsatz sollte nicht in Frage ge-
385 stellt werden. Verhaltensweisen kann und sollte man nicht erwarten, man kann lediglich drum
386 bitten. Auf diesem Verständnis sollte das Miteinander der LINKEN aufgebaut sein.

387

388 **ÄA2.1f)**

389 Der Parteitag möge beschließen:

390 Folgender Anstrich wird gestrichen:

391 „eine ausgeprägte Basisverbundenheit“

392 Er wird ersetzt durch:

393 **„eine aktive Teilnahme an den Aktivitäten und Versammlungen der Basisstrukturen“**

394

395 Begründung:

396 Das Wort „Basisverbundenheit“ ist unklar. Uns sollte es darum gehen, dass unsere Parla-
397 mentsarbeit und unsere Parteiaktivitäten nicht parallel nebeneinander existieren. Auch sollten
398 unsere Gewählten nicht nur zu Versammlungen kommen, sondern auch die Aktivitäten wie
399 Straßenaktionen aktiv unterstützen. Der Anstrich „sich aktiv in die Arbeit der Partei [...]“ be-
400 zieht sich nicht konkret auf die Arbeit der Basisstrukturen und wirkt somit ergänzend.

401

402 **ÄA2.1g)**

403 Der Parteitag möge beschließen:

404 Folgender Anstrich wird gestrichen:

405 „Von den Abgeordneten im Land- und Bundestag erwarten wir zudem:“

406 Er wird ersetzt durch:

407 **„Unsere Abgeordneten im Land- und Bundestag bitten wir darüber hinaus um:“**

408

409 Begründung:

410 Zunächst muss klargestellt werden, dass wir an dieser Stelle erneut die Abgeordneten der
411 LINKEN meinen. Des Weiteren muss auch hier gelten, dass nur um etwas gebeten werden
412 kann. Sollten unsere Mitglieder Unmut über den Praxen unserer Abgeordneten äußern, sind

413 diese transparent zu machen und im Einzelfall zu klären. Der Druck, nicht wiedergewählt zu
414 werden, besteht ohnehin.

415

416 **ÄA2.1h)**

417 Der Parteitag möge beschließen:

418 Folgender Anstrich wird gestrichen:

419 „eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten“

420 Er wird ersetzt durch:

421 **„einen Lohn ihrer Beschäftigten von mindestens 10€ pro Stunde und von mindestens
422 12€ pro Stunde bis 2017“**

423

424 Begründung:

425 Was aus Sicht der LINKEN existenzsichernd ist, wurde im Bundestagswahlprogramm klar de-
426 finiert. Dahinter sollte auch unsere Bitte in diesem Antrag nicht zurückfallen.

427

428 **ÄA2.1i)**

429 Der Parteitag möge beschließen:

430 Nach „eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten“ bzw. dem ÄA2.8 wenn be-
431 schlossen wird ergänzt:

432 **„die Prüfung von notwendigen Maßnahmen zur gleichwertigen Bezahlung von Abge-
433 ordneten und Beschäftigten und bis zum Ende der jeweiligen Legislatur Erprobung
434 selbiger“**

435

436 Begründung:

437 Gregor Gysi betonte im Wahlkampf immer wieder, dass es mittlerweile nicht nur um gleichen
438 Lohn für gleiche Arbeit, sondern gleichwertigen Lohn für gleichwertige Arbeit gehen muss. Ob
439 Abgeordnete oder Beschäftigte: Niemand kann ohne die jeweils anderen. Ein gutes Büro be-
440 steht aus einer funktionierenden Mannschaft. Die Forderungen also nach gleicher Bezahlung,
441 auch „equal pay“ genannt, sollte auch Einzug in die LINKE-Parlamentspraxis erhalten. Dabei
442 sind die Töpfe, aus denen die verschiedenen Gehälter gezahlt werden und auch Steuern abge-
443 führt werden, zur Zeit sehr komplex – equal pay einfach nur zu wollen, ist derzeit nicht mög-
444 lich. Welche Maßnahmen dazu nötig sind, sollte geprüft werden. Bis zum Ende der jeweiligen
445 Legislatur sollten diese dann erprobt werden.

446

447 **ÄA2.1j)**

448 Der Parteitag möge beschließen:

449 Folgender Anstrich wird gestrichen:

450 „ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen“

451 Er wird ersetzt durch:

452 **„den Verzicht von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften und dies auch transparent
453 zu machen“**

454

455 Begründung:

456 Die Wahrnehmung eines Mandats umfasst zum einen ausreichend Zeit und wird zum anderen
457 ausreichend vergütet.

458

459

460

461

462 **ÄA2.1k)**

463 Der Parteitag möge beschließen:

464 Nach „ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen“ bzw. dem
465 ÄA2.10 wenn beschlossen wird ergänzt:

466 **„die Offenlegung sämtlicher Einkünfte und Spenden bis auf zwei Stellen nach dem
467 Komma und dies im Internet und ihren Büros sichtbar zu machen“**

468

469 Begründung:

470 Zu transparenter Politik und einem vertrauensvollen Verhältnis zu den Wählerinnen und Wäh-
471 lern gehört auch die Transparenz der finanziellen Lage. Einige Abgeordnete der LINKEN üben
472 die völlige Offenheit ihre Einkünfte und Spenden bereits aus. Darum sollte mit diesem Antrag
473 nun bei allen gebeten werden.

474

475 **ÄA2.1l)**

476 Der Parteitag möge beschließen:

477 Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

478 „im Falle der Ernennung als Ministerin oder Minister auf ein Abgeordnetenmandat auf der
479 gleichen Ebene zu verzichten“

480

481 Begründung:

482 Die Ausübung des Mandates ist frei. Daran kann auch ein Beschluss des Landesparteitags
483 nichts ändern. Selbst wenn ein Beschluss erfolgen würde, bliebe er folgenlos. Der Wunsch,
484 dass Amt und Mandat getrennt wird, sollte allen Beteiligten klar sein und sollte etwaigen Per-
485 sonen auch vor der Wahrnehmung eines Ministeramtes deutlich gemacht werden. Dazu ist die
486 bisherige Beschlusslage ausreichend.

487

488 **ÄA2.1m)**

489 Der Parteitag möge beschließen:

490 Nach „im Falle der Ernennung als Ministerin oder Minister auf ein Abgeordnetenmandat auf
491 der gleichen Ebene zu verzichten“ bzw. dem ÄA11 wenn beschlossen wird ergänzt:

492 **„Sollten Mandatstragende nach der Wahl in ihrer Ausübung der Mandate von diesen
493 Bitten abweichen, ist von den gewählten Verantwortlichen der Partei vor Ort das Ge-
494 spräch mit den Mandatstragenden zu suchen. Es gilt individuell die Probleme zu erör-
495 tern und gemeinsam im Dialog zu lösen. Ziel sollte sein, dass den Bitten wieder nach-
496 gekommen oder die Problemlage den Mitgliedern nachvollziehbar und dennoch die
497 Privatsphäre achtend dargelegt wird.“**

498

499 Begründung:

500 Mit einem Papier, welches das alles per Unterschrift einfordert, ohne Konsequenzen, die es ja
501 auch gar nicht haben kann und welches mehr unterstellt als klärt, kann es nicht gehen. Die
502 Lösung von Problemen liegt schlichtweg in der Erörterung der individuellen Lage. Wenn man
503 „gemeinsam Politik“ machen will, kann es eben nicht nur um „Politik“ gehen, sondern es
504 muss auch um das „gemeinsam“ gehen. Der Schlüssel liegt darin, auf ein Miteinander des
505 Verständnisses zu setzen.

506

507

508

509

510

511 **ÄA2.1n)**

512 Der Parteitag möge beschließen:

513 Der folgende Absatz wird **ersatzlos gestrichen**:

514 „Mit den Bewerberinnen und Bewerbern für Kandidaturen auf den Listen bzw. als Wahlkreis-
515 kandidatinnen und -kandidaten der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2014 werden
516 schriftliche Vereinbarungen über ihre Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien anzuer-
517 kennen und zu erfüllen sowie Mandatsträgerbeiträge gemäß der Satzung der Partei nach den
518 unter Beteiligung der Landtagsfraktion gefassten Beschlüssen des Landesvorstands zu tref-
519 fenden Vereinbarungen zu entrichten.“

520

521 Begründung:

522 Auf sämtliche Mittel, mit Druck die Bitten des Parteitags Realität werden zu lassen, ist zu ver-
523 zichten. Alles hat Gründe. Wir werden nicht dran vorbeikommen, diese zu ergründen. Viel-
524 mehr: Die Abkürzung, die Gründe einfach zu überspringen und gleich zu urteilen, ist ein fata-
525 ler Irrweg. Er produziert keine gemeinsame Handlungsbasis, sondern Unverständnis, Frust
526 und Isolation. Wenn sich einer aufregt, hat das einen Motor. Wenn jemand keine Öffentlich-
527 keitsarbeit leistet, hat das einen Hintergrund. Wenn jemand von Beschlüssen abweicht, lässt
528 sich das begründen. Und zwar nicht durch uns, sondern nur durch die Person selbst. Fragend
529 müssen wir voranschreiten, nicht urteilend. Am Ende geht es schlichtweg um Motivation. Mo-
530 tivation, sich für mehr als nur sich selbst einzusetzen. Motivation kann man aber nicht be-
531 schließen, man kann sie nur befördern. Am Ende kann man niemanden ändern außer sich
532 selbst. Mit gutem Beispiel voran. Unsere Lösung kann nur im Diskurs bestehen.

533

534 **ÄA2.1o)**

535 Der Parteitag möge beschließen:

536 Der folgende Absatz wird **ersatzlos gestrichen**:

537 „Den Kreisverbänden wird empfohlen, mit den Bewerberinnen und Bewerbern für die Kreista-
538 ge, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen ebenfalls Vereinbarungen
539 im Sinne dieses Beschlusses abzuschließen.“

540

541 Begründung:

542 JedeR, welcheR bei uns im Ort gute linke Politik machen will, kann mitunter zu Bundes- oder
543 Landesthemen eine abweichende Meinung haben. Das ist auch ok. Was wir wirklich brau-
544 chen, ist eine attraktive Struktur, die so viele Interessierte zu uns einlädt, dass wir ruhigen
545 Gewissens die fähigsten und vielversprechendsten Akteurinnen und Akteure zu Mandatstra-
546 genden machen können. Denn: Wir haben nicht zu viele Abweichler, wir haben zu wenig Aus-
547 wahl. Ebenso gelten für die Kommunalebene besondere Spielregeln, da diese Ebene fast aus-
548 schließlich ehrenamtlich ausgeübt wird. Vieles, um was wir Mandatstragende bitten können,
549 kann dort nicht in der von uns erwarteten Breite ausgeübt werden. Eine Grundschuldirektorin
550 mit LINKEN-Mandat hat mitunter nicht die Zeit für Öffentlichkeitsarbeit oder Schulungen, ein
551 Tierarzt kann mitunter nicht jede Sitzung wahrnehmen. Diese Probleme lösen wir aber nicht
552 mit Beschlüssen. Des Weiteren gilt wie in ÄA2.1: Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung
553 von qualitativ wie quantitativ guten Kommunalwahllisten sind vielfältig und dabei sind vor
554 allem die vorhandenen Kräfte vor Ort zu berücksichtigen. Die Kreisverbände der LINKEN
555 Brandenburg konnten bis jetzt stets im Rahmen ihrer Möglichkeiten gute Wahlergebnisse
556 sichern. Welcher Weg das garantierte, wurde vor Ort festgelegt, nicht selten aufgrund jahr-
557 zehntelanger Erfahrung. Von diesem Weg sollte nicht abgewichen werden.

Kandidatur für den Bundesausschuss



Anne Stolpe

geboren am 12.05.1975

wohnt in Potsdam

2 Kinder (10, 13 Jahre)

Studium und Beruf:

1994 – 1999

Studium der Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät
Potsdam

2000 – 2002

Referendariat und
2. Staatsexamen

2004 – 2005

Landtag Brandenburg, Praktikum und befristete Referententätigkeit in der Landtagsverwaltung

2005 – 2009

Referentin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg – zuletzt für Haushalt, Finanzen und Medienpolitik

Seit 2009

Leiterin des Ministerbüros im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Der Bundesausschuss hat laut Satzung der Gesamtpartei beratend und kontrollierend zur Seite zu stehen und das Zusammenwachsen der Landesverbände zu fördern. Gerade letzteres ist unabdingbar, um aus unserer Partei eine starke LINKE für die gesamte Bundesrepublik zu machen. Dieses Ziel erreichen wir jedoch nur, wenn wir uns nach außen und innen mit dem dafür erforderlichem Respekt begegnen und auf allen Ebenen als eine Partei begreifen.

Wie anspruchsvoll diese Aufgabe ist, habe ich bereits in den vergangenen Jahren als Mitglied dieses Ausschusses erfahren dürfen. Denn insbesondere in den Sitzungen des Bundesausschusses treten die unterschiedlichen Erfahrungen der Genossinnen und Genossen aus Ost und West, aus den einzelnen parteipolitischen Strömungen sowie aus den unterschiedlichen Vor-Ort-Erfahrungen und -Verantwortungen hervor.

Doch diese Unterschiedlichkeiten dürfen nicht länger als Differenz begriffen werden, die es zu beseitigen gilt – sondern diese Unterschiede müssen akzeptiert und vor allem als eine Bereicherung erkannt werden. Wichtig ist daher ein noch stärkerer Austausch nicht nur hier im Land, sondern auch mit den vielen linken Politikerinnen und Politikern in den einzelnen Bundesländern.

Da Die LINKE mit Brandenburg nur noch in einem Bundesland in Regierungsverantwortung ist, sehe ich es als meine Aufgabe an, die Erfahrungen aus nunmehr 4 Jahren Regierungsarbeit insbesondere aus dem Finanzressorts – einem Ressort, in dem das Spannungsfeld zwischen gegebenen Realitäten und eigenen programmatischen Ansprüchen Teil der täglichen Arbeit ist – in die Diskussion der Partei mit einzubringen.

Kandidatur für den Bundesausschuss



Rosemarie Kaersten

geb. am: 08.07.1942

Tätigkeit: Lehrerin und Dozentin im Ruhestand

Familienstand: verheiratet

Politische Tätigkeit:

Mitglied des LA der Partei DIE LINKE. BRB

Mitarbeit im Gesprächskreis des AGB der RLS

Eine der Sprecherinnen der BAG „LISA“ und

LAG „Linke Frauen“ BRB

Mitglied des Ortsbeirates Güterfelde

Mitglied der Gemeindevertretung Stahnsdorf

Vorsitzende der Basisgruppe Stahnsdorf „DIE LINKE“

Heute möchte ich mich erneut um das Mandat für die Mitarbeit im Bundesausschuss bewerben.

Der Bundesausschuss als Organ der Partei muss auch von seinen Mitgliedern inhaltlich gut vorbereitet werden. Dazu gehört eigenes Engagement und langfristiges Arbeiten, damit der größte Nutzen auch für unseren Landesvorstand erreicht wird. Dazu gehört gegenseitiges Verständnis füreinander. Das Zusammenwachsen der Partei zu einer Einheit und das Zeigen der inneren Geschlossenheit ist ein wesentlicher Bestandteil dieser politischen Arbeit.

Ich arbeitete hier in der Arbeitsgruppe Ost/West mit. Ich konnte meine bisherigen Erfahrungen in der Frauenarbeit, in seiner Unterschiedlichkeit der Entwicklung in den neuen und alten Bundesländern einbringen. Hier gab es in der Zusammenarbeit keine Unterschiede.

Um diese Erfahrung in die Zusammenarbeit aller Mitglieder des Bundesausschusses und auch auf Länderebene weiter einzubringen, möchte ich gern in dieser Arbeitsgruppe weiter tätig sein.

Sich an der Diskussion zu beteiligen und mit zu entscheiden, welche Schritte und Kampagnen zur Umsetzung unseres Parteiprogramms notwendig sind.

Es kommt auf uns selbst an, auf unser persönliches Engagement, daher bitte ich um Eure Zustimmung zu meiner Kandidatur.

Kandidatur zum Bundesausschuss



Peer Jürgens

geb. am 2.7.1980, verheiratet, wohnt in Beeskow
Politikwissenschaftler, Landtagsabgeordneter

Studium Jüdische Studien/ Politikwissenschaften an der Uni Potsdam, Abschluss 2011 seit 2004 Landtagsabgeordneter, 2004 gewählt über die Landesliste der PDS, 2009 direkt gewählt im Wahlkreis 30, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion

seit 2008 Mitglied im Kreistag Oder-Spree

seit 2008 Kreisvorsitzender der LINKEN Oder-Spree

1998 - 2010 Stadtverordneter für die PDS in Erkner

1999 - 2004 Jugendwahlbüro der PDS

2002 Eintritt in die PDS

2002 - 2006 Mitglied im Sprecherrat der Bundes-AG Rechtsextremismus/ Antifaschismus der PDS, ab 2004 deren Sprecher seit 2003 Mitglied in der Bundes-AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik

Begründung: Seit 2 Jahren bin ich stellv. Mitglied im Bundesausschuss und konnte daher schon an einigen Sitzungen teilnehmen. Dabei ist mir - gerade als Kreisvorsitzendem - eines besonders aufgefallen: die Ebene der Kreisverbände, mit allen ihren Problemen und Erfahrungen, spielen in dieser Ebene der Partei leider nur eine untergeordnete Rolle. Daher möchte ich im Bundesausschuss vor allem zwei Aspekte einbringen.

Zum Einen klappt ein wirkliches Zusammenwachsen unserer Partei nur auf der Ebene der Kreisverbände. Wir haben als Kreisverband Oder-Spree seit Jahren Kontakte zu einem bayrischen und dem Kölner Kreisverband.

Dieser Austausch zwischen Ost und West muss stärker durch die Bundesebene unterstützt und gefördert werden. Zum Anderen plagen Kreisverbände in Ost und West (ebenso wie Landesverbände) ähnliche Sorgen hinsichtlich der demografischen Entwicklung. Das hat Auswirkungen auf die Mitgliederstruktur und darüber muss verstärkt diskutiert werden. Erste Ansätze für eine solche Debatte gab es auf den bundesweiten Treffen der Kreisvorsitzenden, aber diese Debatte muss auch auf Bundesebene intensiviert werden. Für beide Themen möchte ich mich einsetzen. Unser Landesverband kann mit seinem Projekt Parteireform dabei auch einige gute Impulse für die Bundespartei einbringen.

Kandidatur zum Bundesausschuss



Artur Pech

Geboren am 7. August 1947
verheiratet, 2 Kinder, 3 Enkel
wohnhaft in Schöneiche

Kfz.-Schlosser, Fachlehrer, Dipl.-Ges.-Wiss. Dr. sc. phil.

1966 - 1990 Wehrdienst
1990 Unternehmensberater
2011 Rentner

- Politische Funktionen

1990 Ortsvorsitzender PDS
1993 Gemeindevertreter (bis heute)
1998 Abg. Kreistag, 2011 Fraktionsvorsitzender
2009 Ersatzmitglied / Mitglied des BA

- Kurzer politischer Werdegang

1966 SED,
1989 Delegierter zum Sonderparteitag der SED
Seit 1992 wiederholt Delegierter zu Bundes-/Landesparteitagen
seit 1993 Gemeindevertreter
seit 1998 Kreistagsabgeordneter, aktuell Fraktionsvorsitzender

Der BA hat die Aufgabe, das Zusammenwachsen der Landesverbände zu fördern. Dieser Prozess bedarf noch immer großer Aufmerksamkeit. Deshalb habe ich mich in den letzten Jahren an der "Ost-West-AG" des BA intensiv beteiligt. Ihre aktuelle Aufgabe ist es, den Prozess des Zusammenwachsens zu analysieren, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erfassen und Vorschläge für die Gestaltung des Prozesses des Zusammenwachsens zu unterbreiten.

Daran möchte ich mich weiter beteiligen.

Ich gehe dabei davon aus, dass zum Gelingen des Zusammenwachsens auch die Bereitschaft gehört, die anderen zu verstehen und sich selber zu ändern. Einbringen möchte ich dabei sowohl meine Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten linker Kommunalpolitik als auch eine theoretische Kompetenz, die sich auf Marx stützt.

Kandidatur zum Bundesausschuss



Angelika Tepper

geboren am 10.2.1954

Tel: 0151 23731308

verheiratet, glückliche Oma zweier Enkelinnen,
wohnt in Mahlow

- von Beruf Diplomstaatswissenschaftlerin,
- arbeite als Personalrätin und Frauenvertreterin im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
- nach der Lehre als Baufacharbeiterin Arbeit in der FDJ-Kreisleitung Strausberg und im FDJ-Zentralrat, später in der Liga für Völkerfreundschaft
- ab 1990 im Bezirksamt Marzahn (später auch Hellersdorf) tätig im Jugendamt für Kinder- und Jugendreisen, dann im Sozialamt und ab 2005 als Vermittlerin im Jobcenter
- aktive Gewerkschafterin bei ver.di Berlin-Brandenburg

- diverse Funktionen innerhalb der Partei ausgeübt (Berliner Landesvorstand, Kreisvorstand Marzahn-Hellersdorf und mehrfach Bundesparteitagsdelegierte – hauptsächlich über die BAG Betriebe & Gewerkschaften)

- nach dem Umzug nach TF Mitbegründerin der Linken Frauen Brandenburgs und eine der Sprecherinnen, Landesausschussmitglied und Ersatzmitglied des Bundesausschusses

Ich kandidiere für den Bundesausschuss weil die Arbeit in diesem Gremium eine gute Möglichkeit der Verbindung über alle Ebenen unseres Parteilebens ermöglicht und ich Impulse für unsere Arbeit im Land erhoffe. Ich möchte mitreden und mitentscheiden und hoffe auf Eure Unterstützung

Kandidatur zum Ersatzmitglied im Bundesausschuss



Andrea Johlige

geboren am 28. Mai 1977
Verheiratet, ein Sohn
Wohnort: Nauen (Havelland)
Mediengestalterin für Digital- und Printmedien (IHK),
Medienfachwirtin (IHK)

2002 bis 2005: Angestellte in einer Werbeagentur,
ab 2006: selbstständig mit Werbeagentur und Buchverlag
seit Juni 2011: Leiterin der Landesgeschäftsstelle der LINKEN Brandenburg
Ab Februar 2012: Landesgeschäftsführerin der LINKEN Brandenburg

Politische Funktionen:

- Landesgeschäftsführerin der LINKEN Brandenburg
- Mitglied im Kreistag Havelland, stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Politischer Werdegang:

1995 bis 2003 Mitglied im Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt,
davon 1999 bis 2003 stellvertretende Landesvorsitzende
seit 2008 Mitglied des Kreistages Havelland
2009 bis 2011 Vorsitzende der LINKEN Havelland
seit 2010 Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Brandenburg,
seit 2012 Landesgeschäftsführerin

kurze Begründung der Kandidatur:

Der Bundesausschuss hat eine wichtige Initiativ- und Kontrollfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Gleichzeitig ist es ein Gremium, das die Interessen der Landesverbände auf Bundesebene spiegelt. Aus meiner Sicht muss es gesichert sein, dass der Landesverband Brandenburg regelmäßig mit sechs Stimmen im Bundesausschuss vertreten ist und die Rückkopplung der Themen und Inhalte in den Landesverband funktioniert. Als Ersatzmitglied will ich dazu beitragen, dass beides gesichert ist.

Kandidatur zum Ersatzmitglied im Bundesausschuss



Maria Strauß

geboren am 06.11.1974

verheiratet, zwei Kinder

Potsdam

Magistra für niederländische Philologie und Publizistik, z.Z.

Persönliche Referentin des Finanzministers des Landes Brandenburg

Nach dem Studium an der Freien Universität Berlin, arbeitete ich zunächst als Pressesprecherin für den Brandenburger Landesverband der PDS. Von 2005 bis 2011 war ich als Landesgeschäftsführerin des Landesverbandes tätig. Seit Sommer 2011 arbeite ich als persönliche Referentin des Finanzministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg.

Mitglied des Bundesausschusses, Mitglied in Ortsvorstand der LINKEN in Babelsberg

DIE LINKE Brandenburg sammelt derzeit als einziger Landesverband in Regierungsverantwortung wichtige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der SPD. Das wird auch bundesweit in der Partei mit Interesse verfolgt. Unsere konkreten politischen Erfolge und Niederlagen und die daraus resultierenden Anregungen finden jedoch nur selten Eingang in die bundesweite strategische Ausrichtung der Partei.

Ich bin daher bereit, diese spezifischen Brandenburger Erfahrungen im Auftrag des Landesverbandes in den Bundesausschuss einzubringen. Wichtig wäre mir dabei eine enge Rückkopplung zu den Gremien des Landesverbandes. Ich möchte in diesem Gremium keine Einzelkämpferin sein. Ich möchte vielmehr gemeinsam mit anderen einen Beitrag leisten, dass vom Brandenburger Landesverband weiterhin konstruktive und zukunftsweisende Vorschläge für die Entwicklung der Partei ausgehen.

Kandidatur zum Ersatzmitglied im Bundesausschuss

Stefan Ludwig



Geburtsdatum:

Geboren am 26. April 1967

Verheiratet, 4 Kinder

Wohnt in Königs Wusterhausen

Beruf:

Diplom-Jurist

Tätigkeit:

Mitglied des Landtages Brandenburg, stellv. Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE

Landesvorsitzender DIE LINKE Brandenburg

Kurzer beruflicher Werdegang:

Abitur 1985, Diplom 1989

09/89 Vertragsjurist bei der Deutschen Post-Funkdirektion in Berlin, ab 10/90
Deutsche Bundespost Telekom

10/90 bis 03/02 Mitglied des Landtages Brandenburg in den Fraktionen der PDS,
davon bis 09/98 als Parteiloser, ab 10/98 als Parteimitglied

03/02 bis 10/09 Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen (hauptamtlich)

10/09 Mitglied des Landtages Brandenburg, Fraktion DIE LINKE

Politische Funktionen:

Stellv. Landesvorsitzender der PDS Brandenburg 1999 - 2003, 2005 - 2007

Mitglied im Parteivorstand der PDS 2002 - 2003

Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE Brandenburg 2007 - 2010

Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE 2008 - 2010

Vorsitzender des Landesausschusses DIE LINKE Brandenburg 2008 - 2010

Stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE Brandenburg 2010-2012

Landesvorsitzender DIE LINKE Brandenburg seit 2012

Kandidatur zum Ersatzmitglied im Bundesausschuss



Matthias Osterburg

geboren am 18.4.1973
verheiratet, eine 2-jährige Tochter
Brandenburg an der Havel
Rechtsanwalt, Landesschatzmeister

Ich habe als Zivi im Jahr 1992 eine Ausbildung zum Rettungssanitäter gemacht. Nach dem Jurastudium und dem Referendariat habe ich mich 1999 als Rechtsanwalt in eigener Kanzlei in Brandenburg an der Havel niedergelassen. Meinen Schwerpunkt habe ich im Wohnraummietrecht. Seit 2005 bin ich auch Landesschatzmeister der Linkspartei.PDS und seit 2007 der LINKEN im Landesverband Brandenburg.

politische Funktionen: derzeit Landesschatzmeister, Mitglied im Bundesfinanzrat, Ersatzmitglied im Bundesausschuss, ständiger Gast im KV Brandenburg an der Havel

Ich bin seit 1991 der AG Junge GenossInnen in Brandenburg an der Havel verbunden gewesen und 1997 in die PDS eingetreten. Ich war mehrere Jahre Mitglied im Kreisvorstand Brandenburg an der Havel und stellvertretender Kreisvorsitzender. Im Jahr 2003 wurde ich in die Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel gewählt und 2008 wiedergewählt. Dort war ich zunächst im Stadtentwicklungsausschuss und später im Finanzausschuss Mitglied. Im Jahr 2009 legte ich das Mandat aus persönlichen Gründen nieder. Im Jahr 2005 wurde ich erstmals zum Landesschatzmeister im LV Brandenburg gewählt und bin seither qua Amt Mitglied im Landesvorstand und Bundesfinanzrat.

Den Bundesausschuss kenne ich als zunächst ordentliches Mitglied, in der letzten Periode als Ersatzmitglied. Den Bundesausschuss sehe insbesondere in der satzungsgemäßen Aufgabe als Organ mit beratender, kontrollierender und Initiativfunktion als wirksam an. Er hilft die Interessen der Gesamtpartei zu ermitteln, in ihrer Verschiedenheit auszuformulieren und abzuwägen. Wirkkräftige Entscheidungen können somit gezielter vorbereitet werden. An der Absicherung dieser Arbeit will ich mitwirken.